

Bericht der Kommission für Kultur, Aussenbeziehungen und Dienste (KAD) zum Bericht des Gemeinderats betreffend Wettsteinstrasse 1, Verwaltungsgebäude, Umbau Kanzlei, Einbau Personalaufenthaltsraum

1. Vorgehen der Kommission

Die Kommission KAD hat sich an ihrer Sitzung vom 2. April 2007 von Herrn Gemeindepräsident Willi Fischer, Herrn Urs Denzler und Herrn Andreas Dall'O über das Geschäft informieren lassen und ergänzende Fragen zum Bericht des Gemeinderats gestellt. Die Beratung des Geschäfts und die Beschlussfassung erfolgten in Abwesenheit der Gemeindevertreter.

2. Grundsätzliche Erwägungen der Kommission

Der Gemeinderat unterteilt die Vorlage in zwei Projekte: Der Umbau der Kanzlei, des Empfangs und der Einbau eines Windfangs einerseits und die Neukonzeption des Personalaufenthaltsraums und des Weibel-Büros andererseits. Gemäss Aussagen der Gemeindevertreter hängen die beiden Teilprojekte nicht unmittelbar zusammen. Durch die gleichzeitige Realisation beider Projekte werden aber Synergien im Baustellenbetrieb erwartet. Der Grund für die Zusammenlegung der beiden Umbauprojekte in einem Antrag liegt nach Aussagen der Gemeindevertreter nicht zuletzt darin, dass man einerseits "etwas für das Personal" tun wollte, andererseits etwas "für die Öffentlichkeit". Das Junktum zwischen den beiden Projekten erscheint der Kommission als nicht zwingend. Sie hat deshalb in ihrer Beratung die beiden Teilprojekte einzeln diskutiert, ohne den Synergieeffekt, dessen konkreten finanziellen Umfang die Gemeindevertreter nicht bestimmten, zu vergessen.

3. Personalaufenthaltsraum / Weibel-Büro

Der Gemeinderat möchte den bestehenden engen Personalaufenthaltsraum im Dachgeschoss des Gemeindehauses durch einen vergrösserten Pausenraum im Erdgeschoss ersetzen. Ausserdem soll das bereits heute sehr beliebte provisorische Sommercafé im sonst ungenutzten Innenhof in die Neukonzeption integriert werden. Der bisherige Personalaufenthaltsraum im Dachgeschoss soll künftig als Sitzungs- und Schulungsraum genutzt werden können. Im gleichen Aufwisch soll das bisherige Weibel-Büro vergrössert und mit einem neuen Arbeitsplatz für den gemeindeinternen Postboten ausgestattet werden. Die beiden Elemente des Teilprojekts stehen zwar inhaltlich in keinem Zusammenhang, bilden aber



baulich eine nahe liegende Verbindung. Für den Projektteil "Personalaufenthaltsraum/Weibelbüro" beantragt der Gemeinderat einen Kredit von CHF 490'000.--.

Die Kommission ist wie der Gemeinderat der Auffassung, dass die heutige Situation bezüglich Personalaufenthaltsräumlichkeiten nicht mehr zeitgemäss ist und nicht den Anforderungen entspricht, die an einen guten Arbeitgeber gestellt werden. Die Verlegung des Personalaufenthaltsraums ins Erdgeschoss drängt sich schon deshalb auf, weil dieser so mindestens in den warmen Monaten zusammen mit dem sonst unbelebten Innenhof genutzt werden kann. Die Kommission unterstützt den Projektteil Personalaufenthaltsraum einstimmig und vorbehaltlos.

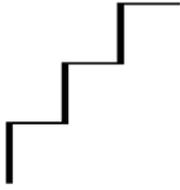
Das Bedürfnis, den gemeindeinternen Postboten an die Weibeldienste auch räumlich anzugliedern und ihn nicht alleine in einem Provisorium zu belassen, kann die Kommission nachvollziehen. Sie empfiehlt einstimmig, auch in diesem Punkt dem Gemeinderat vorbehaltlos zu folgen.

4. Umbau Empfang und Kanzlei

Der Gemeinderat möchte die vor rund 22 Jahren tief greifend umgebaute Gemeindkanzlei umfassend neu gestalten. Die klassische Schalterstruktur soll zugunsten einer offenen Theke aufgegeben werden. Neu soll bereits im Bereich der Kanzlei eine Besprechung im Sitzen möglich sein. Bei der Umgestaltung steht insgesamt die Stärkung der Kundenfreundlichkeit im Vordergrund, während mögliche Verbesserungen für das Kanzleipersonal eher als Nebeneffekt gesehen werden. Für den Projektteil "Kanzleiumbau" beantragt der Gemeinderat einen Kredit von CHF 690'000.--.

Die Notwendigkeit des Projektteils "Kanzleiumbau" war in der Kommission umstritten. Die *befürwortenden Stimmen* begrüßten die Absicht des Gemeinderats, die neuen PRIMA-Strukturen auch im Kundenbereich des Gemeindehauses durch eine offenere und transparentere bauliche Gestaltung nachzuvollziehen. Der Begriff der "offenen Verwaltung" müsse auch architektonisch seinen Ausdruck finden. Die befürwortenden Stimmen teilen die Auffassung des Gemeinderats, dass die heutigen Marmorschalter und dicken Glasscheiben als abweisend und nicht mehr zeitgemäss empfunden werden. Die neue Gestaltung sei kundennäher. Nachdem zahlreiche private Unternehmen mit Kundenhallen (wie etwa Banken), aber auch kantonale Dienststellen und andere Gemeinden ihren Kundenbereich im geplanten Sinn umgestaltet haben, solle die Gemeinde Riehen nicht nachstehen. Grundsätzlich störend an der heutigen Situation sei auch der Höhenunterschied zwischen innerem Kanzleibereich und Kundenzone, auch wenn dieser Höhenunterschied nach Erfahrung der Kommissionsmitglieder kaum bemerkt werde.

Für das Projekt spreche weiter der Einbau neuer Fenster, die energetisch besser seien. Eine Fenstererneuerung müsste wohl in einigen Jahren ohnehin vorgenommen werden. Sinnvoll sei unter energetischen Aspekten auch der Einbau eines Windfangs auf der Südwestseite, der überdies hilft, unangenehmen Durchzug zu vermeiden. Auch die befürwortenden



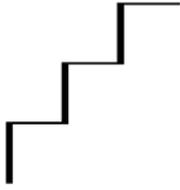
Kommissionsmitglieder sind der Meinung, dass dem Projekt keine hohe Dringlichkeit zukomme. Aus Synergiegründen mache es jedoch keinen Sinn, vorerst den unmittelbar neben der Kanzlei liegenden Personalaufenthaltsraum und das Weibel-Büro umzubauen, wenn man in einigen Jahren ohnehin Umbauten an der Kanzlei vornehmen würde.

Die *ablehnenden Stimmen* in der Kommission monierten, dass die beiden Projektteile "Personalaufenthaltsraum/Weibel-Büro" und "Kanzlei" nur in einem konstruierten Zusammenhang stünden. Die Synergieeffekte dürften nicht überschätzt werden. Wenn im Bericht des Gemeinderats von der "laut hallenden Schalterhalle", in der man sich "die Informationen durch die Glasöffnung hin und her rufen" müsse, die Rede ist, dramatisiere der Gemeinderat die jetzige Situation. Zwar sei es selbstverständlich, dass man eine Gemeindekanzlei heute anders bauen würde als vor 22 Jahren. Auch die jetzige Architektur sei jedoch keineswegs von schlechter Qualität und habe ihren Reiz. Die Kundenfreundlichkeit einer Gemeindekanzlei hänge gemäss den ablehnenden Stimmen zum weit überwiegenden Teil von der Freundlichkeit und Kompetenz der Kanzleimitarbeiter ab und nicht von der Bauweise eines Schalters oder einer Theke. Verbesserungen für das Kanzleipersonal seien durch den Umbau kaum auszumachen. Die im Bericht erwähnte bessere Möglichkeit für die Angestellten, konzentriert zu arbeiten, leuchte gerade angesichts der offenen neuen Struktur nicht ein. Vereinzelt wurde darauf hingewiesen, dass im Extremfall eine offene Raumsituation ein Sicherheitsproblem darstellen könne. Argumentiert wurde weiter, dass der Umbau günstiger ausgeführt werden könnte, insgesamt zu teuer zu stehen käme und vor allem in keinem guten Verhältnis zum daraus resultierenden Nutzen stünde: Es gebe wichtigere Investitionsprojekte, die der Bevölkerung mehr brächten.

Auch die dem Projekt kritisch bis ablehnend gegenüberstehenden Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass der Einbau neuer Fenster in der Kanzlei sinnvoll sei, auch wenn der Gemeinderat die positiven Energieeffekte neuer Fenster nicht genau aufschlüsseln konnte. Ebenfalls als sinnvoll wurde der Einbau eines Windfangs angesehen.

5. Abstimmung in der Kommission

Die Diskussion in der Kommission ergab folgenden *Antrag* der dem Teilprojekt Kanzleiumbau kritisch gegenüberstehenden Kommissionsmitglieder: Der dem Einwohnerrat beantragte Kredit sei *um den Betrag von CHF 690'000.-- zu reduzieren*. Gleichzeitig sei der Gemeinderat zu *ermutigen*, die Investitionen in den Neueinbau von Fenstern und den Einbau eines Windfangs an der Südwestseite des Gemeindehauses weiterzuverfolgen. Es ist davon auszugehen, dass diese Projektelemente im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegen, also unter CHF 200'000.-- kosten. Der entsprechende Antrag – Ablehnung des Kanzleiumbaus unter Vorbehalt des Neueinbaus von Fenstern und des Einbaus eines Windfangs – wurde mit *fünf gegen drei Stimmen angenommen* (ein Kommissionsmitglied nahm nicht an der Sitzung teil).



6. Berichterstattung an den Einwohnerrat

Die Kommission hat diesen *Bericht* auf dem Zirkularweg einstimmig verabschiedet und ihren Präsidenten zu ihrem Sprecher bestimmt.

7. Beschlussantrag

Die Kommission stellt folgenden Antrag:

"Der Einwohnerrat bewilligt nach Einsicht in den Bericht seiner Kommission für Kultur, Aussenbeziehungen und Dienste (KAD) und den Bericht des Gemeinderats für den Einbau eines Personalaufenthaltsraums und die Vergrösserung des Weibel-Büros im Verwaltungsgebäude einen Verpflichtungskredit von CHF 490'000.--. Er nimmt von den Folgekosten zulasten des Globalkredits der Produktgruppe zwei, Publikumsdienste und Aussenbeziehungen, sowie der Ressourcen Kenntnis.

Dieser Beschluss wird publiziert; er unterliegt dem Referendum."

Riehen, den 11. April 2007

Kommission für Kultur, Aussenbeziehungen und Dienste (KAD)
Der Präsident:

Dr. Conradin Cramer